

Kitareform: Papierkram statt Zuwendung

Von NIKOLAUS MEYER und ELKE ALSAGO

Schon als das »Programme for International Student Assessment« (PISA) 2001 die ersten Ergebnisse seiner internationalen Vergleichsstudie veröffentlichte, löste das große Sorgen über das deutsche Bildungsniveau aus. Gleichzeitig setzte sich in der hiesigen Bildungspolitik die Vorstellung fest, Bildung lasse sich vor allem durch Messbarkeit, Vergleichbarkeit und Steuerung verbessern. Standards, zentrale Prüfungen und Monitoring folgten – doch der Denkfehler blieb: Vergleichbarkeit kann Probleme sichtbar machen, sie ersetzt aber nicht die Bedingungen, unter denen Lernen und Entwicklung gelingen.

Im Frühjahr spiegelte sich dieser Irrglaube gleich in mehreren Vorhaben:¹ in den Plänen von Bildungsministerin Karin Prien für ein Qualitätsentwicklungsgesetz (QEG), in den Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz zur datengestützten Entwicklung und Steuerung in Schulen und frühkindlicher Bildung sowie im Referentenentwurf zum Ersten Kinder- und Jugendhilfestrukturreformgesetz. Zusammen mit den zeitgleich diskutierten Kürzungen im Sozialbereich weisen diese Vorhaben in eine Richtung: Krisen sollen vor allem über Diagnostik, Daten, Verfahren, Planung und Wirkungskontrolle bearbeitet werden statt mit dem Ausbau verlässlicher personeller, zeitlicher und institutioneller Be-

dingungen. Am deutlichsten zeigt sich dieses Missverhältnis derzeit im Kitabereich. Am 28. Januar stellte Prien im zuständigen Bundestagsausschuss ihre Vorhabenplanung zum QEG vor.² Das Gesetz präsentierte sie als Modernisierungsprojekt, flankiert vom Anspruch, »wirksam« und »evidenzbasiert«

zu handeln. Zentral ist die Idee einer bundesweit anschlussfähigen Diagnostik- und Dateninfrastruktur: Sprach- und Entwicklungsstandserhebungen werden ins Zentrum gerückt, an die sich Förderlogiken, Berichtspflichten und ein Systemmonitoring koppeln lassen. Damit wird die künftige Kitapolitik von Beginn an in eine Sprache gefasst, die aus der Verwaltungsmodernisierung bekannt ist: Qualität wird vor allem zu einer Frage von Daten, effizienter Verteilung von Ressourcen und Steuerbarkeit – weniger zu einer von pädagogischer Arbeit und Beziehung.³

In parlamentarischen Antworten betont die Bundesregierung nach außen zwar die Prozesshaftigkeit und föderale

NIKOLAUS MEYER, geb. 1982 in Frankfurt a. M., Dr. phil., hat Erziehungswissenschaften, Soziologie und pädagogische Psychologie studiert. Er ist Professor für Soziale Arbeit an der Hochschule Fulda.

ELKE ALSAGO, geb. 1965 in Hamburg, Dr. phil., ist Sozialpädagogin und Diakonin. Sie leitet die Bundesfachgruppe Erziehung, Bildung und Soziale Arbeit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft – Verdi.

1 Nikolaus Meyer und Elke Alsago, Diagnostik, Planung, Wirkungskontrolle. Zur Parallelität von SWK-Gutachten und KJHSG-Referentenentwurf, in: »Widersprüche«, 2/2026, i.E.

2 Vgl. hier und im Folgenden: Deutscher Bundestag, 16. Sitzung des Bildungsausschusses, 28.1.2026.

3 Nikolaus Meyer, Echte Erziehung in kalten Zeiten, in: »Stimmen der Zeit«, 3/2026, S. 185–195.

Abstimmung⁴, intern ist aber längst präzise festgelegt, woran gearbeitet wird – an einer verpflichtenden Sprach- und Entwicklungsstandserhebung bei Vierjährigen als Baustein des künftigen QEG. Damit wird die Richtung nicht offen gesucht, sondern asymmetrisch vorbereitet:

»Die Kitas leiden nicht an mangelnder Diagnostik, sondern an Personalmangel.«

Verfahren und Daten werden konkretisiert, während Personalfragen, strukturelle Mindeststandards und Finanzierung in »laufende Abstimmungen« zwischen Bund und Ländern ausgelagert werden.

Besonders aufschlussreich ist, was in den Expert:innendialogen und Workshops – also dort, wo normalerweise abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit gearbeitet wird – offen ausgesprochen wird: Da erscheint Diagnostik nicht als unterstützendes Instrument im pädagogischen Alltag, sondern als zentraler Teil eines sequenziellen Steuerungsmodells⁵: Erhebung, Ableitung von Förderbedarf, Anschlussförderung, Aggregation und schließlich Monitoring. Die Ergebnisse sollen Förderbedarf klassifizieren, Anschlussförderung strukturieren, Einrichtungen vergleichbar machen und langfristig in ein Entwicklungs- und Qualitätsmonitoring des Systems eingehen.

Gleichzeitig wird ungewöhnlich klar benannt, dass ein solches Modell nur unter anspruchsvollen Bedingungen tragfähig ist. Der Aufwand einer Erhebung (einmal jährlich) wird sehr konkret eingeschätzt: Für Vorbereitung, Durchführung und Auswertung kommen rund zwei Stunden pro Kind zusammen. In

einer Einrichtung mit beispielsweise 80 Kindern ergibt das 160 Stunden jährlich – also vier Wochen einer Vollzeitstelle. Das sind keine kleinen Zusatzaufgaben, sondern strukturelle Zusatzlasten. Naheliegenderweise fordern die Expert:innen denn auch eine verbesserte Fachkraft-Kind-Relation, einen höheren Anteil mitteilbarer pädagogischer Arbeit, bessere Fachberatung sowie zusätzliche Funktionsstellen für Sprachbildung in herausfordernden Sozialräumen.

Restposten Beziehung

Genau hier entsteht die strukturelle Schieflage: Der Bund stößt ein Steuerungsinstrument an, das nur unter Bedingungen hoher Personaldichte, stabiler Teams und verlässlicher Förderketten sinnvoll sein könnte, koppelt es politisch aber von eben diesen Bedingungen ab. An Diagnostik, Planung und Nachweisen wird gearbeitet, während die Verbesserung der personellen und zeitlichen Bedingungen vertagt wird oder sogar Mittel eingespart werden sollen.

Dabei leidet das Kita-System nicht an mangelnder Diagnostik, sondern an mangelnder Stabilität, weil qualifiziertes Personal fehlt. Die aktuellen Analysen der Bertelsmann Stiftung zur Personalausstattung zeigen erneut die dramatische Unterbesetzung⁶: Bundesweit arbeiten viele Einrichtungen dauerhaft unterhalb fachlich empfohlener Personalschlüssel. Je nach zugrunde gelegtem Qualitätsstandard fehlen zehntausende Fachkräfte. In der Praxis bedeutet das: weniger Zeit für Interaktion, weniger Zeit für Beobachtung, weniger Zeit für gezielte aber alltagsintegrierte Sprachbildung. Personalausfall, Fluktuation und personelle Unterdeckung sind vielerorts strukturell eingepreist. Personalmangel ist damit kein Randproblem, sondern Alltag. Wo Personal fehlt, wird Beziehung zum Restposten: Sie entsteht nur noch zufällig und steht für Kinder nicht zuverlässig zur Ver-

4 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke, Sprach-Kitas und Startchancen-Kitas, bundestag.de, 26.1.2026.

5 Vgl. hier und im Folgenden: Experten-Workshop des BMFSFJ zur Umsetzung der Sprach- und Entwicklungsstandserhebung, 8.9.2025.

6 Andreas Baierl u.a., Die Personalausstattungsquote in Kitas, Gütersloh 2026.

fügung. Eine Beziehung zu den Kindern aufzubauen, ist aber die Basis einer guten Kitapädagogik. Seit Jahren zeigen Studien, dass insbesondere die Qualität der Interaktion zwischen Fachkräften und Kindern entscheidend für Sprachentwicklung, soziale Kompetenzen und Bildungsbiografien ist.⁷ Wo Fachkräfte dauerhaft unter Zeitdruck arbeiten, verkürzen sich Gespräche, Beobachtung und gezielte Förderung – also die Situationen, in denen Sprache gelernt und Beziehung aufgebaut wird.

Defizite im Fokus

Der sinnvolle Einsatz der Diagnostik wird nicht nur durch den anhaltenden Personalmangel erschwert, sondern auch, weil viele Bundesländer Personal- und Qualifikationsregime in den vergangenen Jahren flexibilisiert haben.⁸ Inzwischen können in elf Ländern zusätzliche Berufsgruppen oder geringer qualifizierte Kräfte in den Einrichtungen eingesetzt werden. Studien zur Qualifikationsstruktur der Teams weisen darauf hin, dass sich dadurch das professionelle Niveau vieler Einrichtungen zunehmend ausdifferenziert – mit der Gefahr einer schleichenden Absenkung fachlicher Standards.⁹ In einer solchen Lage wirkt das Versprechen »passgenauer Förderung« mindestens naiv, denn die Ergebnisse der geplanten Diagnostik können von pädagogisch unzureichend qualifiziertem Personal weder fachlich angemessen gedeutet noch zuverlässig bearbeitet werden.

Diagnostik würde unter diesen Bedingungen mehr zu einer Art Ersatzhandlung als zu einem ersten Schritt für eine Förderung der getesteten Kinder. Wird sie verpflichtend eingeführt, ohne zugleich

Mindeststandards für Personalschlüssel, Leitungskapazitäten und Fachberatung verbindlich zu sichern, entsteht eine paradoxe Situation: Das System produziert präzisere Diagnosen, verfügt aber nicht über die Kapazitäten, daraus die pädagogischen Schlüsse zu ziehen. Welche fachwissenschaftlich begründeten Standards dafür nötig wären, ist seit Langem bekannt: kleinere Gruppen, mehr Zeit für mittelbare pädagogische Arbeit, ausgebauter Fachberatung sowie zusätzliche Fachkräfte für Sprachbildung.¹⁰

Auch die Bundesregierung betont die Bedeutung guter Arbeitsbedingungen, verweist zugleich jedoch darauf, dass Personalbemessung und Personalausstattung im föderalen System primär in der Verantwortung von Ländern und Trägern liegen – verbindliche bundesweite Mindeststandards sind bislang nicht vorgesehen.¹¹

Dabei sind die Risiken der Einführung von mehr Diagnostik bei anhaltendem Personalmangel längst bekannt – sie werden beispielsweise in den Expert:innen-Dialogen des Ministeriums zum QEG ausdrücklich thematisiert. Genannt werden Stigmatisierung, Verlagerung der pädagogischen Aufmerksamkeit auf Defizite statt auf Ressourcen der Kinder, zusätzlicher Druck auf Fachkräfte, Akzeptanzverlust sowie die nach wie vor ungelöste Bildungsfrage jener Kinder, die gar keine Kita besuchen und für die gerade die dortige alltagsintegrierte Sprachbildung ein großer Gewinn sein könnte. Dass diese Konfliktlinien in der öffentlichen Kommunikation der Bundesregierung bislang kaum vorkommen, spricht weniger für Unkenntnis als für eine bewusste politische Entschärfung: Die Risiken werden in der öffentlichen Darstellung der Reform weitgehend ausgeblendet.

7 Klaus Fröhlich-Gildhoff, Iris Nentwig-Gesemann, Anke König, Ursula Stenger, Ursula Stenger und Dörte Weltzie, *Forschung in der Frühpädagogik VI*, Freiburg 2013.

8 Nikolaus Meyer und Wiebke Buballa, *Wer darf in KiTas pädagogisch tätig sein?*, Gütersloh 2025.

9 Bertelsmann Stiftung (Hg.), *Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme – Bundesländer*, Gütersloh 2024.

10 Arbeitsgruppe Frühe Bildung, *Gutes Aufwachsen und Chancengerechtigkeit für alle Kinder in Deutschland*, Berlin 2024.

11 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke, *Inklusive Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe vor dem Hintergrund der Belastung der Beschäftigten*, 3.3.2026.

Der Fokus auf die Diagnostik verlagert auch die politische Deutung des Problems. Weil der Wille und das Geld fehlen, das System zu verbessern, ist die Versuchung groß, die Defizite bei den Kindern zu suchen. Statt über Arbeitsbedingungen, Teamstabilität, Fachkraft-Kind-Relationen, Leitungskapazitäten und Fachberatung zu sprechen, spricht man über Sprach- und Entwicklungsstände. Damit

den vergangenen zwölf Monaten psychische Gewalt durch Beschäftigte gegenüber Kindern in der eigenen Einrichtung beobachtet zu haben. 26,8 Prozent berichteten sogar von physischer Gewalt.¹² Die Auswertungen zeigen deutliche Zusammenhänge von Arbeitsdruck, Teamklima, Leitungshandeln und organisatorischen Rahmenbedingungen.¹³

Auch in diesem Punkt kann sich die Bundesregierung nicht auf Unkenntnis berufen. In Antworten auf entsprechende Parlamentarische Anfragen verweist sie zwar auf die Bedeutung von Gewaltschutz, Schutzkonzepten und Qualitätsentwicklung, zugleich betont sie aber auch hier, dass Personalbemessung, Ressourcen und konkrete Rahmenbedingungen in der Verantwortung von Ländern und Trägern liegen.¹⁴ Der Bund will die Steuerungslogik festlegen, die Folgelasten ihrer Umsetzung aber nach unten weiterreichen. Dadurch entstehen Frustration und Zynismus – bei Fachkräften, die »noch etwas zusätzlich« leisten sollen, bei Eltern, denen Förderbedarfe kommuniziert werden, ohne dass Angebote folgen, und bei Kindern, die früh als »auffällig« etikettiert werden, ohne dass eine hilfreiche Unterstützung gesichert ist.

Karin Prien hat in einem Punkt recht: Frühkindliche Bildung ist zentral und Qualitätsentwicklung ist nötig. Falsch ist jedoch die bisher verfolgte Schwerpunktsetzung. Wer in einem strukturell unterbesetzten System zuerst die Messinstrumente schärft, wird am Ende vor allem Defizite präziser zählen – anstatt Bedingungen zu etablieren, unter denen Erziehung und Bildung überhaupt gelingen können. ◻

12 Nikolaus Meyer und Elke Alsago, Verletzendes Verhalten in der Kindertagesbetreuung: Anspruch und Realität, Berlin 2025.

13 Nikolaus Meyer und Elke Alsago, Zwischen Professionalität, strukturellen Defiziten und neuer Kälte: Verletzendes Verhalten und Gewalt in der Sozialen Arbeit, in: »Nachrichtendienst des Deutschen Vereins«, 7/2025, S. 310–316.

14 Antwort der Bundesregierung, Inklusive Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe, a.a.O.

»Weil der Wille und das Geld fehlen, ist die Versuchung groß, die Defizite bei den Kindern zu suchen.«

wird ein Mechanismus reaktiviert, den wir aus der Nach-PISA-Phase kennen: Die Debatte kreist vor allem um Messung und Vergleichbarkeit. Statt der nötigen Strukturdebatte droht eine diskriminierende Defizitdebatte, in der gefragt wird »Was fehlt dem einzelnen Kind?« und nicht »Was fehlt den Einrichtungen?«.

Bürokratie statt Pädagogik

Unter den Bedingungen von Personal-mangel und sinkender Qualifikation dient Diagnostik nicht der Unterstützung junger Menschen, sondern bürokratischen Entscheidungen, nicht der pädagogischen Reflexion, sondern administrativer Rechenschaft. Pädagogik wird somit technisiert.

Was das in der Praxis bedeutet, ist absehbar: noch mehr Verfahren, noch mehr Nachweise, noch mehr Erwartungsdruck. Damit steigt auch die Wahrscheinlichkeit von Gewalt gegen die Kinder, deren Förderung Ziel der Reform sein sollte. Unsere eigenen Analysen zu Arbeitsbedingungen, Gewalt und verletzendem Verhalten zeigen, wie eng Überlastung, institutionelle Instabilität und Eskalationsdynamiken miteinander verschränkt sein können. In einer bundesweiten Befragung berichteten 62,2 Prozent der Befragten, in